

DEUTSCHLANDS WACHSTUMSAUSSICHTEN NACH DER KRISE

Wohlstandssicherung erfordert mehr Investitionen und weitere Strukturverbesserungen am Arbeitsmarkt

Das Wachstumspotenzial, also das nachhaltig erzielbare Wirtschaftswachstum, entscheidet maßgeblich über den materiellen Wohlstand einer Volkswirtschaft. Es ist deshalb ein Kernziel der Strukturpolitik, zu dem auch die Förderbanken einen wichtigen Beitrag leisten. Die wesentlichen Treiber des Wachstumspotenzials sind der Einsatz der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie der technische Fortschritt, der die Produktivität der Faktoren erhöht. Wir präsentieren in diesem Beitrag eine produktionstheoretisch fundierte Schätzung des deutschen Wachstumspotenzials vor der Krise (1970–2008) und untersuchen darauf aufbauend, ob die Finanz- und Wirtschaftskrise dieses dauerhaft beschädigt hat. Abschließend simulieren wir in drei Szenarien, wie sich das Wachstumspotenzial in den beiden Jahrzehnten bis 2030 entwickeln könnte. Hierbei knüpfen wir an die aktuelle Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes an, die den voraussichtlichen Pfad der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und damit die entscheidende Determinante des Faktors Arbeit vorzeichnet. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

(1.) Das deutsche Wachstumspotenzial ging seit den 1970er-Jahren merklich zurück, weil bei annähernd stagnierendem Arbeitseinsatz das Wachstum des Kapitalstocks deutlich nachgelassen hat und der Zuwachs an Faktorproduktivität besonders seit der Jahrtausendwende auf ein neues Tief gefallen ist. Im Vorkrisenjahr 2008 betrug das Wachstumspotenzial noch 1,6 % pro Jahr gegenüber 2,7 % in den 1970er-Jahren.

(2.) Wir finden keine Indizien, dass die Krise das Wachstumspotenzial beschädigt hat. Wohl aber ist krisenbedingt ein einmaliger Niveauverlust an Wirtschaftsleistung zu konstatieren. Dies deutet darauf hin, dass die Finanz- und Immobilienblase die Produktion auf ein nicht nachhaltiges Niveau getrieben hat, was durch die Krise korrigiert worden ist. Dabei ist Deutschland nur indirekt über seine hohe Exportorientierung betroffen.

(3.) Unser Status quo-Szenario, das die aktuellen Trends bei Erwerbsverhalten, Kapitaleinsatz und Produktivität fortschreibt, zeigt insbesondere für die 2020er-Jahre ein deutlich niedrigeres Wachstumspotenzial, weil dann die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter absolut und relativ zur Gesamtbevölkerung mit zunehmender Dynamik sinkt (jährliches Potenzialwachs-

tum in diesem Szenario 2011–2020: 1,4 %; 2021–2030: 1,0 %). Dieser demografisch verursachte Rückgang ließe sich vermeiden – und das Potenzialwachstum bei 1,6 % jährlich stabilisieren – ,wenn Produktivitäts- und Kapitalstockwachstum bis 2025 schrittweise wieder auf Niveaus gehoben werden könnten, wie sie in den 1980er- und 1990er-Jahren üblich waren (unser Szenario „Mehr Investitionen“). Hierfür müssten die (in Preisen des Jahres 2010 gerechneten) Bruttoanlageinvestitionen kumuliert über die 15 Jahre bis 2025 um gut eine Billion Euro beziehungsweise um rund ein Siebtel höher sein als im Status quo-Szenario. Gelänge es darüber hinaus, zusätzlich die Erwerbsneigung noch weiter zu steigern (von gut 80 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Vorkrisenjahr 2008 auf 84 % im Jahr 2030) sowie die strukturelle Erwerbslosenquote zu senken (von rund 8 auf 4 %), könnte in den beiden Jahrzehnten bis 2030 sogar ein Potenzialwachstum von 1,8 % (Durchschnitt 2011–2020) beziehungsweise 1,7 % (2021–2030) jährlich erreicht werden – trotz unterstellter weiterer Rückgänge der jährlichen Arbeitszeit pro Erwerbstätigem in diesem dritten Szenario „Mehr Investitionen und Arbeitsmarkterfolge“. Pro Einwohner entspräche dies einem Zuwachs von 2,0 % in beiden Dekaden. Letztmalig gelang eine vergleichbare Pro-Kopf-Performance in Westdeutschland während der 1980er-Jahre.

Auch wenn die Unterschiede der jährlichen Wachstumsraten zwischen den Szenarien auf den ersten Blick eher gering erscheinen mögen, so sind die kumulativen Wirkungen erheblich: So ist etwa die reale Wirtschaftsleistung des Jahres 2030 im Szenario „Mehr Investitionen und Arbeitsmarkterfolge“ um 12 % höher als im Basisszenario „Status quo“. Ein Mehr an Wertschöpfung in dieser Höhe kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Probleme unserer alternden Gesellschaft zu entschärfen. Es lohnt sich wirtschaftspolitisch also durchaus, wieder mehr zu investieren – die Energiewende ist in diesem Zusammenhang sowohl geeigneter Anlass als auch viel versprechendes Vehikel – und gleichzeitig auf weitere strukturelle Fortschritte am Arbeitsmarkt hinarbeiten.